

II-2007 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 102715

1977-03-04

A N F R A G E

der Abgeordneten BURGER, NEUMANN
und Genossen
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft
betreffend Einschränkungen der Wildbach- und Lawinenver-
bauungen in der Steiermark

Am 14.1.1977 erschien in der Presse ein Artikel: "Zwangs-
pause für 60 Arbeiter der Wildbach- und Lawinenverbauer."

Betroffen wurde durch diese Abbaumaßnahme die Gebietsbau-
leitung Mürz und oberes Salzachtal, Bruck/Mur. Durch diese
Abbaumaßnahme sind schlechthin 20% der Belegschaft arbeits-
los geworden. Die Ursache dieser Belegschaftsreduzierung,
wodurch auch andere Bundesländer betroffen sind, liegt
offenbar in der zu geringen Budgetierung für diese, für
die Bevölkerung zu wichtigen Bausparte der Wildbach- und
Lawinenverbauung. Daß am Abbau von 60 Arbeitern allein in
der Gebietsbauleitung Bruck/Mur die Bundesregierung bzw.
Ihr Ressort die Schuld trägt, erweist sich auch aus der
Tatsache, daß diese Arbeiten ausschließlich aus dem Bun-
desbudget finanziert werden. Außerdem ist die Behauptung
der Bundesregierung, daß sie alles unternimmt, um die
Arbeitsplätze zu sichern, endgültig in diesem Bereich
widerlegt.

Sofort nach Bekanntwerden, daß die Bundesregierung die Be-
legschaft um 20 % reduziert hat, verlangte der zuständige
Betriebsratsobmann eine Aussprache mit Ihnen.

Am 24.2.1977 wurde diese Vorsprache dem Betriebsratobmann Maierhofer gewährt. Also fast 6 Wochen nach dem vollzogenen Abbau. Dies ist eine unverständliche Diskriminierung der Belegschaftsvertretung einerseits und andererseits der gesamten Belegschaft selbst.

In der Sorge um die Fortführung der für die Bevölkerung lebenswichtigen Arbeiten im Bereich der Wildbach- und Lawinenverbauung und in der Sorge um das Schicksal der betroffenen Familien der entlassenen Arbeiter, richten die unterfertigten Abgeordneten an Sie Herr Bundesminister folgende

A n f r a g e :

1. Wieviele Baubezirksleitungen sind in ganz Österreich, aufgeteilt nach Bundesländern, durch Ihre Maßnahmen betroffen?
2. Wie viele Arbeiter sind in ganz Österreich, aufgeteilt nach Bundesländer, durch Ihre Maßnahme betroffen?
3. Wann ist mit der Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter zu rechnen?
4. Welche Begründung geben Sie an, daß die Belegschaftsvertretung 6 Wochen auf eine Vorsprache warten mußte?
5. Was war das Ergebnis dieser Aussprache?